

## Zeitgeist und Neokratie

Man wird vom Zeitgeist beherrscht, auch ohne es zu wollen und meist ohne es zu merken. Je schwerer neue Informationen zugänglich, je strenger beispielsweise ideologische oder religiöse Tabus oder auch staatliche Zensur sind, desto eher werden unzeitgemäße Geisteshaltungen generationenlang konserviert. Übermächtig kann der Zeitgeist aber auch dann sein, wenn er sich in medialer Dominanz und in erdrückenden Informationsfluten manifestiert, wie sie sich beispielsweise im Internet verbreiten. Auch und vor allem dies ist gegenwärtig der Fall. Man pflegt zwar mit einer gewissen Leichtigkeit individuellen Stil, aber sich auch im Denken vom Zeitgeist abzusetzen wäre eine erhebliche Anstrengung, und für die meisten Menschen wäre es sicher eine Überforderung.

Politisch ist der herrschende Zeitgeist ein Geist des Desinteresses und der Verharmlosung. Man will nichts unnötig schlechtreden, nichts unnötig dramatisieren, nicht grundlos jammern, und man nimmt daher die Verhältnisse im Großen und Ganzen hin, wie sie sind. Der Zeitgeist will, dass man politische Maßstäbe nicht zu hoch legt, dass man sich arrangiert, nicht nach großem politischem Fortschritt verlangt, sondern allenfalls nach kleinen, bescheidenen Korrekturen.

Diese Grundeinstellung ist von keinem Staat verordnet, und sie ist auch nicht etwa nur Produkt einer von Profitinteressen beherrschten Medienwelt. Sie folgt vielmehr aus einer historisch gewachsenen Skepsis gegenüber jedwedem Fortschrittsversprechen. Der historische Hintergrund ist natürlich, dass die großen politischen Katastrophen des zwanzigsten Jahrhunderts von einer großspurigen Fortschrittsrhetorik begleitet waren, die noch den schlimmsten Staatsterror, die schlimmsten Kriege und Bürgerkriege mit scheinbar hehren politischen Zielen zu rechtfertigen versuchte. Aus dieser Erfahrung wuchs die Überzeugung, dass das Einfordern großen politischen Fortschritts von großer politischer Naivität zeuge und dass es zudem neue politische Katastrophenrisiken heraufbeschwören würde. Wer den Bürgern allzu großen Fortschritt verspreche, so die vermeintliche Lehre der Geschichte, der stehe in Wahrheit für Rückschritte in der politischen Zivilisierung.

Es hat in der Tat Zeiten schlimmeren politischen Versagens gegeben und auch Zeiten, in denen die politische Zivilisierung desolater war als heute. Dennoch sind die politischen Katastrophen der Gegenwart natürlich alles andere als harmlos. Auch wenn Kriege, Völkermorde und Massenmorde an politischen Gegnern im Ausmaß zurückgegangen sind, prägen doch nach wie vor vermeidbare Katastrophen das politische Geschehen, katastrophales Versagen beispielswei-

---

se in der Umwelt- und Klimapolitik, in der Schonung natürlicher Ressourcen, in Fragen der sozialen Gerechtigkeit und in der Bevölkerungspolitik, und auch Kriegsdrohung, Krieg, Bürgerkrieg und Terror sind Mittel nationaler wie internationaler Politik geblieben. Die Unterschiede im politischen Zivilisierungsgrad etwa zwischen der Epoche kriegerischer Kreuzzüge und der Gegenwart mit ihrem fundamentalistischen Terror, der Kriegführung gegen denselben und der Versuche, die herkömmliche Demokratieform gewaltsam zu verbreiten, sind gering.

Die politischen Katastrophen früherer Jahrhunderte waren regionale Ereignisse. Gegenwärtige und künftige politische Katastrophen dagegen, seien es Klimakatastrophen, Finanzmarktkrisen, Terror, Krieg, Kriegsfinanzierung oder andere, sind zumindest in ihren Auswirkungen zunehmend zu globalen Phänomenen geworden. Deren Eindämmung macht daher seinerseits globalen zivilisatorischen Fortschritt nötiger denn je. Es wird nicht genügen, dass Teile der Welt zu einem politischen Zivilisierungsgrad aufschließen, wie die USA und einige europäische Staaten ihn derzeit repräsentieren. Um politischen Katastrophen vorzubeugen, werden kommende Generationen weltweit einen viel höheren zivilisatorischen Anspruch an sich stellen müssen.

Natürlich können sich Fortschritte in der politischen Zivilisierung nur auf sehr lange Sicht einstellen. Es geht dabei nicht um aktuelle Politik, nicht darum, welche Partei oder welcher Kandidat in welchem Land bei Wahlen politische Macht gewinnt und generell nicht um Entwicklungen, deren Zeithorizont in Amts- und Legislaturperioden zu bemessen wäre. Fortschritte in der politischen Zivilisierung zu wollen hieße, politischen Erfolg nicht mehr an früher Erreichtem zu messen, also nicht mehr als Erfolg gelten zu lassen, wenn die schlimmsten Fehler der Vergangenheit überwunden sind. Es hieße vielmehr, alten und neuen Herausforderungen mit neuem, viel langfristiger denn je angelegtem Denken zu begegnen. Nur solche Geisteshaltung könnte Staatsbürger und politische Meinungsführer dazu bringen, sich um einer besseren Zukunft willen gegen die Versagenstradition von Politik aufzulehnen.

#### *Politischer Zeitgeist und Jugend*

Auflehnung war in der Vergangenheit eine Angelegenheit vor allem junger Generationen. Eine Jugend aber, die von politischem Widerspruchsgeist erfüllt wäre, die insbesondere höhere Ansprüche an die Moral und Kompetenz von Politik stellen würde als die Generation vor ihr, ist nicht in Sicht. Gerade bei der gegenwärtigen jüngeren Generation ist der Zeitgeist auf ein Arrangement mit dem Bestehenden angelegt und damit auf ein stillschweigendes Einverständnis mit einer stagnierenden politischen Zivilisierung.

Bei manchen Älteren, die dem Widerspruchsgeist der eigenen und früherer Jugendgenerationen nachtrauern, ruft dies Enttäuschung hervor. Die gegenwärtigen

---

ge Generation der Jungen vermag aber keinen lohnenden Anlass zur Auflehnung auszumachen. Für sie ist der Widerspruchsgeist, den manche Ältere bei ihr vermissen, das Zeitgeistphänomen überlebter Epochen. Zwar flackern auch in der gegenwärtigen jungen Generation Widerspruchs- und Auflehnungswille sporadisch auf, aber viel mehr als eine Pose ist dies nicht. Solcher Widerspruch stellt Staat und Politik nicht grundsätzlich in Frage, sondern er gibt etablierten Politikern eher das positive Gefühl, zumindest noch von einer Minderheit als Gegner ernstgenommen zu werden.

Die Mehrheit der Jüngeren ist realistisch genug, um zu erkennen, dass sie nicht kompetent und moralisch integer regiert wird, aber sie sieht hierin eine unabänderliche Unvollkommenheit des Staates. Statt für politischen Protest schöpft sie daher ihr knappes Lebenszeitbudget lieber für private Ablenkungen aus. Man will sich die Laune von schlechter Politik nicht verderben lassen, und erst recht will man nicht kostbare private Lebenszeit für politisches Engagement opfern.

Widerspruchsgeist und der Wille zur Auflehnung galten lange als natürliche Reflexe der Jugend. In der Tat waren es immer wieder junge Generationen, die mit politischer Auflehnung vorangingen oder sich ihr engagiert anschlossen, und sicher bleibt die spontane Bereitschaft zu Widerspruch und Auflehnung bei jungen Generationen generell höher als bei älteren. Aber auch bei den Jüngeren entzündeten sich kollektiver Widerspruch und kollektive Auflehnung nicht ohne greifbaren Anlass. Dies geschieht vor allem dann, wenn es ein kollektives Feindbild und zugleich ein kollektives Vorbild gibt. Eine junge Generation ist bereit zur Auflehnung, wenn sie einen gemeinsamen Gegner sieht, und mehr noch, wenn sie dabei ein positives Ziel vor Augen hat. Solche Ziele waren in der Vergangenheit beispielsweise die Durchsetzung von Demokratie oder die Herauslösung aus einem repressiven Staat. Vergleichbares aber bietet sich der gegenwärtigen Generation der Jungen nicht an. In den meisten demokratischen Staaten hat die Generation der Älteren vielmehr den Anschein erweckt, die auf absehbare Zeit fälligen Auflehnungen bereits vollbracht zu haben, und damit hat sie der nachfolgenden Generation den Wind des Widerspruchs weitgehend aus den Segeln genommen. So hat sich die paradoxe Situation entwickelt, dass zwar Staat und Politik wenig Wertschätzung finden, aber dennoch nicht als Feindbild taugen. Zivilisatorischer Fortschritt zeigt sich unter diesen Umständen nur insoweit, als Widerspruchsgeist keine gewalttätigen Instinkte mehr freisetzt und keinen politischen Extremismus nährt. Dies wenigstens ist in großen Teilen der Welt bei den meisten Jüngeren der Fall.

#### *Wende des Zeitgeistes durch Arbeitsteilung der Generationen?*

Es wird eine Zeit kommen, in der die Bürger dem Staat gegenüber kritischer werden und Mehrheiten sich gegen dessen fachliche und moralische Unzulänglichkeit wehren werden. Noch allerdings erscheint es schwer vorstellbar, dass

---

junge Generationen den hierfür notwendigen Wandel des Zeitgeistes selbst anstoßen oder auch nur beflügeln werden. Eher hat es den Anschein, als würde die Jugendgeneration sich auf absehbare Zeit von privaten Anforderungen umstellt sehen, die für die Verbreitung kritischen Zeitgeistes wenig Raum lassen, von Zeit- und Erfolgsdruck in Ausbildung und Beruf etwa und von scheinbaren Zwängen zu privatem Amüsement. Unter solchen Bedingungen wird sie keine kollektive Verantwortung für politisches Aufbegehren tragen wollen.

Dennoch wird der Zeitgeist sich wandeln müssen, wenn es mit der politischen Zivilisierung vorangehen soll, und dem Widerspruchsgeist der Jugend käme hierbei eine unverzichtbare Rolle zu. Die Rollenverteilung der Generationen ist in dieser Frage aber keineswegs für alle Ewigkeit festgelegt. Wenn junge Generationen einen Wandel des Zeitgeistes nicht anführen wollen, könnte dieser auch auf andere Weise zustande kommen. Er könnte mitgetragen, wenn nicht sogar initiiert werden von Bürgern, denen das Opfer an privater Lebenszeit tragbarer erscheint und denen das Denken in längeren Fristen leichter fällt als den meisten Jüngeren. Eben dies könnte am ehesten eine Generation geistig aktiver Älterer leisten, die nicht nostalgisch alten Weltanschauungen und Staatsauffassungen anhängen. Den fälligen Wandel des Zeitgeistes dürfte es daher in absehbarer Zukunft nicht geben, wenn er nicht von Teilen einer älteren Generation mitinitiiert wird.

Zu einem solchen Wandel wird es nicht in nächster Zukunft kommen, aber wenn die jetzige Generation der Jüngeren zu einer Generation aktiver älterer Bürger geworden ist, könnte sie dabei durchaus eine Schlüsselrolle spielen. Sie könnte als Generation geistig aktiver Alter aus dem Luxus reichlicher Lebenszeit schöpfen, um sich beispielsweise der vorherrschenden politischen Inkompetenz noch bewusster zu werden. Sie würde dann zwar auch gewahr, dass ihre eigene vormalige Politikabstinenz diese Inkompetenz mitverschuldet hat, aber gerade daraus könnte eine Bereitschaft wachsen, Versäumtes nachzuholen und zu einer Wende des politischen Zeitgeistes beizutragen.<sup>1</sup> Dies wäre im Übrigen eine Rollenverteilung unter den Generationen, die das Klischee von den aufsässigen Jungen und konservativen Alten beispielhaft hinter sich ließe.

#### *Kleine Korrektur - grundstürzende Folgen*

Zeitgeistwenden lassen sich nicht prognostizieren, weder zeitlich noch inhaltlich. Wenn aber ein Zeitgeist verblasst, ist dies immer auch eine Loslösung von überkommenem Sprachgebrauch und von Begriffen, die lange Zeit Emotionen geschürt und Wertvorstellungen konserviert haben.<sup>2</sup> Im Bereich der Politik haben Begriffe wie Demokratie, Marktwirtschaft, soziale Gerechtigkeit, Selbstbestimmungsrecht der Völker oder territoriale Integrität lange eine solche Rolle gespielt.

---

<sup>1</sup> S. hierzu auch „Die politische Rolle Methusalems“ in [www.reformforum-neopolis.de](http://www.reformforum-neopolis.de).

<sup>2</sup> S. hierzu auch „Gefangen in der Sprache“ in [www.reformforum-neopolis.de](http://www.reformforum-neopolis.de).

---

Die gegenwärtige Politikmüdigkeit gerade der jüngeren Generation hat auch damit zu tun, dass diese Begriffe, die in der Auseinandersetzung mit autokratischen Systemen lange hilfreich gewesen waren, starken Abnutzungserscheinungen unterliegen. Da mit diesen Begriffen konkrete Politikinhalt nicht mehr überzeugend zu begründen sind, wird eine hierauf gestützte politische Rhetorik früher oder später auf ähnliche Weise kollabieren, wie es der Ideologie und Rhetorik des Sozialismus ergangen ist.

Ähnlich wie die sozialistische Ideologie letztlich als rhetorischer Überbau zum banalen Konzept staatlicher Planwirtschaft enttarnt wurde, wird auch die Ideologie der Demokratie früher oder später als rhetorischer Überbau eines banalen Grundgedankens durchschaut werden, des Gedankens nämlich, ein einziges Parlament bzw. dessen Mehrheit solle zuständig sein für die Politik als ganze. Dass ein Parlament auf lange Sicht mit dieser Aufgabe überfordert sein muss, hat die Geschichte demokratischer Politik längst offenbart.

Die Implosion der sozialistischen Politrhetorik war ein lehrreiches historisches Beispiel, aber man lernt daraus nicht, was nach einer Implosion der herkömmlichen Demokratierhetorik geschehen könnte. Die Opfer der Sozialismusrhetorik konnten sich noch ohne Wenn und Aber in die etablierte Rhetorik westlicher Demokratien flüchten, aber wenn der Zeitgeist auch über letztere hinweggeht, wird es keine etablierte Alternative geben. Als Alternative zum herkömmlichen Demokratieverständnis wird dann allein das ganz und gar ungewohnte Konzept neokratischer Staatsformen verfügbar sein. Eben deswegen aber, weil also dieses Konzept bereitsteht, gibt es keinen Grund, der Implosion alter demokratischer Rhetorik und Ideologie mit Bangen entgegenzusehen. Es gibt vielmehr allen Grund, darauf zu hoffen.

Bei der Ablösung der alten Politrhetorik wird es nur darauf ankommen, dass die herkömmliche Demokratie rechtzeitig als eine schwach entwickelte Frühform von Neokratie erkannt wird und damit neokratische Staatsformen als natürliche Weiterentwicklungen der herkömmlichen Demokratie verstanden werden. Mit dieser Erkenntnis würde dann auch ein neuer Sinn im politischen Engagement erkennbar werden, im Engagement dafür nämlich, eine historisch überfällige Evolution von Staatswesen zu befördern. In diesem Ziel könnte dann auch der Widerspruchsgeist einer jüngeren Generation mit der Veränderungsbereitschaft einer älteren Generation wohlüberlegt zusammenfinden.

Noch ist ein solcher Wandel des Zeitgeistes natürlich nicht absehbar, denn noch gilt der demokratische Staat, wie er ist, gemeinhin als unübertreffliche zivilisatorische Errungenschaft. Noch können daher die Bürger auch nicht wollen, dass herkömmliche demokratische Staatswesen in autonome Sparten aufgespalten werden, wie das Neokratiekonzept es vorsieht, und noch können sie nicht das Mehr an politischer Kompetenz, Freiheit und Gerechtigkeit einfordern, das

dadurch möglich würde. Noch widerspräche dies aller zeitgeistgebundenen Intuition.

Dem Zeitgeist bleibt das Neokratiekonzept vorerst auch noch deswegen fremd, weil es auf den ersten Blick allzu utopisch erscheinen mag. Das Gegenteil aber ist richtig. Da die herkömmliche Demokratie nichts anderes ist als eine schwach entwickelte Frühform von Neokratie, kann sie zum natürlichen Ausgangspunkt höchst pragmatischer neokratischer Entwicklungen werden. Im Grunde bedarf es hierfür nur einer kleinen Richtungskorrektur des Denkens. Der Zeitgeist mag hiervon derzeit noch Lichtjahre entfernt scheinen, aber der Grundgedanke könnte doch einfacher kaum sein.

10 - 2008

[www.reformforum-neopolis.de](http://www.reformforum-neopolis.de)